



Unsere **Industrie** braucht
sichere **Energie**

Broschüre zur Kampagne
der IG BCE Recklinghausen



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Ist-Zustand und Handlungsfelder	5
Die Kampagne	8
Ausgewählte Aktionen im Verlauf der Kampagne	
Auftaktveranstaltung, 14. September 2010 Informationszentrum Chemiepark Marl	9
1. Betriebsrätetagung, 19. November 2010 IG BCE-Bildungszentrum Haltern am See	10
2. Betriebsrätetagung am 1. Juli 2011, IG BCE-Bildungszentrum Haltern am See	11
Unterschriftenaktion	12
Schulungen	12
Aktion Bezirksfrauenausschuss	13
Unterstützung vor Ort: Ausgewählte Aktionen der Regionalforen und der Ortsgruppen	14
Postkartenaktion des Bezirksvorstandes	16
Ausblick – Wie geht es weiter?	17

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Energiewende ist für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Jahren das beherrschende Thema – und natürlich auch für die IG BCE. Der Ausstieg aus der Kernenergie war und ist richtig. Neun von zehn befragten Bürgerinnen und Bürgern teilen dieses Bild. Durch das Fehlen einer „Roadmap“, also eines genauen Fahrplans, erweckt allerdings die Bundesregierung nicht den Eindruck, dieses Ziel auch in die Realität umzusetzen zu können. Nur das Abschalten der Kernkraftwerke genügt nicht!

Das Ziel einer kompletten Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien kann ohne sichere Ausgestaltung der Energieversorgung während der Übergangszeit nicht gelingen. Diese wiederum kann nicht ohne Rückgriff auf fossile Energieträger erreicht werden! Bereits jetzt hakt es schon an allen Ecken und Enden. Der für eine derartige Umstellung benötigte Netzausbau muss noch erheblich beschleunigt werden, die neuen und effizienteren Kraftwerksbauten geraten ins Stocken.

Ein Paradebeispiel dafür steht in unserem IG BCE-Bezirk: das Kraftwerk Datteln IV wartet schon seit Jahren auf seine Fertigstellung, geplant war die Inbetriebnahme bereits in 2011.

Ergebnis ist ...

Unsere Kolleginnen und Kollegen spüren die Folgen in doppelter Hinsicht. Sie zahlen als Verbraucher bereits jetzt höhere Strompreise und wären als Beschäftigte in unseren energieintensiven Branchen oder direkt in den Kraftwerken bedroht, wenn eine fehlgesteuerte Energiewende letztendlich die hochqualifizierten und zukunftsorientierten Industriearbeitsplätze in Gefahr brächte. Besonders betroffen wären auch die großen Industriestandorte gerade hier in Nordrhein-Westfalen sein. In unserem Bezirk Recklinghausen wird eine besondere Dramatik entstehen, da hinzukommend der politisch gewollte Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau erhebliche energiepolitische Gefahren birgt.

Dringend benötigte Investitionen und Innovationen in die Energiewende bieten auch der energieintensiven Industrie große Chancen, für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Hierbei geht es um viele Milliarden Euro und um langfristige Entscheidungen. Beides verlangt Klarheit und Planungssicherheit in der Energiepolitik. Das werden wir weiter in den nächsten Monaten verstärkt und öffentlich einfordern – eben weil wir eine erfolgreiche Energiewende wollen, die unser Land und unsere Mitglieder nach vorne bringt.

Der IG BCE-Bezirk Recklinghausen hat am 14. September 2010 die Kampagne **„Unsere Industrie braucht sichere Energie“** ins Leben gerufen.

In der öffentlichen Meinung werden industrielle Projekte (z. B. Kraftwerksbau, Ausbau und Erweiterung Chemiepark) kritisch betrachtet. Ökonomische und strukturelle Zusammenhänge werden oft nicht beachtet und z. B. von den Medien vereinfacht dargestellt. Mit der Kampagne soll die Auseinandersetzung in industriepolitischen Fragen erreicht werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Betrieben und Regionen sollen für das Thema sensibilisiert werden. Dabei soll deutlich werden, dass Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausgespielt werden darf. Innovative Industrie ist geradezu die Voraussetzung, um ökologische Ziele zu erreichen. Besonders bei der Energieeinsparung.

Die Kampagne hat vier definierte Ziele:

- sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Industrie- und Chemiestandorte im IG BCE-Bezirk Recklinghausen
- Rahmenbedingungen für Investitionen in der chemischen Industrie und Energiewirtschaft optimieren
- Sicherung und Schaffung von Industriearbeitsplätzen
- Ausbau moderner, effizienter Kohlekraftwerke

Diese Broschüre soll und kann nur andeuten, welche energiepolitische Ausgangslage wir vorfinden, welche Aktionen und Veranstaltungen im Laufe der Kampagne „Unsere Industrie braucht sicherer Energie“ durchgeführt worden sind und was noch getan werden muss, um eine Energiewende zu vollziehen, die diesen Namen auch wirklich verdient.

Ein besonderer Dank gilt unseren vielen ehrenamtlichen Funktionären in den Betrieben und in der Region, die durch vielfältige Aktivitäten mit viel Engagement und Herzblut unsere Kampagne bisher ermöglicht haben. Ebenso hat uns die große Zustimmung aus Politik und Gesellschaft gefreut, die unsere Ziele im Rahmen der Kampagne unterstützt hat. Wünschenswert wäre, dass diese Zustimmung zu politischem Handeln führt.

Mit freundlichen Grüßen und einem herzlichen Glückauf



Karlheinz Auerhahn
Bezirksleiter



Klaus Brüske
stellv. Bezirksleiter

Ist-Zustand und Handlungsfelder

Die Energiewende kann ohne Übertreibung als „das Zukunftsprojekt der nächsten Jahrzehnte“ bezeichnet werden. Bereits im Jahr 2050 werden rund neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Mit steigender Weltbevölkerung wächst der Bedarf an Energie und Rohstoffen. Dieses oft als Bedrohung deklarierte Szenario muss gestaltet werden.

Die Antworten hierzu liegen direkt vor unserer Haustür. Die chemische Industrie hat diese Herausforderung erkannt und kann in dieser Entwicklung zum Motor einer nachhaltigen Energiewende werden. Aber nicht nur die chemische Industrie, sondern auch unsere wachsende Kunststoff verarbeitende Industrie, die Glas- und Keramikindustrie, die Aluminiumproduzenten usw. können mit ihren qualitativ hochwertigen Produkten und ihren Innovationen maßgeblich zu einer erfolgreichen Energiewende beitragen. Dazu bedarf es einer langfristigen Strategie, die den wirtschaftlichen Erfolg und eine nachhaltige Klimapolitik unter Berücksichtigung sozialer Verantwortung sicherstellt. Ökonomie, Ökologie und soziale Gesichtspunkte müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Wird einer dieser Grundpfeiler einer möglichen Energiewende außer Acht gelassen, hätte dies fatale Folgen und würde nicht dem Ideal einer nachhaltigen, modernen, von Forschung und Innovationen geprägten Industriepolitik entsprechen.

Mit dem erneuten Ausstieg aus der Kernenergie hat die Bundesregierung auf die Katastrophe von Fukushima reagiert. Dieser Schritt war richtig – nur welcher folgt als nächstes? Das Abschalten von Kernkraftwerken allein reicht nicht. Eine nachvollziehbare Strategie, um die gesteckten Ziele zu erreichen existiert nicht sichtbar. Die Messlatte jedoch liegt hoch:

- Der Ausstoß von Treibhausgasen soll bis 2020 um 40 und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent (im Vergleich zum Jahr 1990) gesenkt werden.
- Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien mindestens 35 Prozent des Stromverbrauchs betragen, bis 2050 80 Prozent des Stromverbrauchs, das sind 60 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs im Jahr 2050.
- Gleichzeitig soll bis 2050 der Energiebedarf um 50 Prozent gesenkt werden. Dazu muss massiv Energie gespart werden und die Energieeffizienz verbessert werden. Im gleichen Zeitraum soll der Stromverbrauch um 25 Prozent sinken.
- Da ein Großteil der Energie in öffentlichen und privaten Gebäuden verbraucht wird, soll der Wärmebedarf von Gebäuden bis 2020 um 20 Prozent gesenkt werden.

Diese Ziele sind unter bestimmten Bedingungen erreichbar. Sie sind



ausgesprochen ehrgeizig und müssen wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht gestaltet werden. Die Eckpunkte eines solchen Prozesses sind aus Sicht der IG BCE Versorgungs- und Planungssicherheit, wettbewerbsfähige Preise, berechenbare Bedingungen für Investitionen und realistische Klimaschutzziele.

Bereits jetzt zeigt sich, wo dieser Prozess auf Probleme stößt und wo sich politische und gesellschaftliche Handlungsfelder ergeben.

Im Bereich der Versorgungs- und Planungssicherheit gibt es noch jede Menge zu tun. Schon im Winter 2011/2012 konnten nur durch vermehrte Eingriffe der Netzbetreiber in die Energieversorgung und den Ankauf von Strom aus dem Ausland Blackouts verhindert werden. Die Energieversorgungssicherheit besonders während der kalten Jahreszeit hat abgenommen. Die Eingriffe der Übertragungsnetzbetreiber nach § 13 Abs. 1 EnWG haben sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Zwar ist die Situation noch nicht eskaliert, aber besorgniserregend allemal.

Ein besonders absurdes Beispiel für Fehlsteuerung ist der Rückgriff auf österreichische Kraftwerke am 8. und 9. Dezember 2011. Auf Grund von fehlenden Stromkapazitäten musste unter anderem auch ein altes Öl-Kraftwerk bei Graz wieder ans Netz genommen werden, dessen veralteter technischer Stan-

dard für einen extrem hohen CO₂-Ausstoß sorgte – aus ökologischer Sicht sicher keine saubere Lösung.

Das geht besser, das wissen alle Experten, die für den Energieumbau Verantwortung tragen. Sie weisen z. B. darauf hin, dass der für eine derartige Umstellung der Ener-

gieversorgung dringend benötigte Netzausbau nach wie vor vollkommen unzureichend ist. Von den bis 2014 geplanten 150 Ausbaumaßnahmen zeichnen sich bei 73 Projekten bereits Verzögerungen ab. Die zwei häufigsten Ursachen sind zum einem langwierige Genehmigungsverfahren und die zunehmenden Proteste von Anwohnern, die die neuen Leitungen u. a. wegen möglichen Elektroschmogs ablehnen.

Redispatch und Countertrading TenneTs

Tägliche Zusammenfassung der Maßnahmen nach §13.1 EnWG im Dezember 2011

Dezember 2011			
Datum	Anzahl der Eingriffe	Gesamtdauer der Eingriffe (hh:mm)	Tagesmaximum (MW)
01.12.2011	14	12:00	450
02.12.2011	11	15:00	400
03.12.2011	7	18:45	1330
04.12.2011	7	24:00	1104
05.12.2011	4	18:00	735
06.12.2011	11	19:00	445
07.12.2011	13	16:00	440
08.12.2011	21	24:00	1385
09.12.2011	52	24:00	1718
10.12.2011	6	08:00	350
11.12.2011	1	04:00	150
12.12.2011	6	13:30	260
13.12.2011	11	24:00	1081
14.12.2011	4	16:50	334
15.12.2011	3	10:00	200
16.12.2011	24	18:00	1393
17.12.2011	25	24:00	1602
18.12.2011	18	24:00	1291
19.12.2011	11	07:00	701
20.12.2011	0	00:00	0
21.12.2011	0	00:00	0
22.12.2011	0	00:00	0
23.12.2011	30	23:00	1150
24.12.2011	30	24:00	1615
25.12.2011	21	20:40	1620
26.12.2011	18	20:00	1910
27.12.2011	29	23:00	1090
28.12.2011	31	24:00	2030
29.12.2011	56	24:00	2024
30.12.2011	28	24:00	1420
31.12.2011	24	24:00	1239

(Quelle: TenneTs TSO GmbH 2012: Tägliche Zusammenfassung der Maßnahmen nach §13.1 EnWG im Dezember 2011, www.tennetso.de)

Insgesamt müssen nach Angaben der Deutschen Energieagentur Höchstspannungsleitungen mit einer Gesamtlänge von 3.600 Kilometer neu gebaut werden. Bis April 2012 gab es laut Bundesregierung gerade einmal 200 Kilometer fertig gestellte, neue Leitungen. Zu den Gesamtkosten der neuen Netze kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch keine genauen Angaben machen, eine Erhöhung der Netzentgelte wird hierbei zwangsläufig erfolgen, das bestreitet niemand.

Wir wollen aber wissen, wer die Zechen bezahlt, um ein erhöhtes Armutsrisiko für unsere Mitglieder auszuschließen. Vorschnelle Antworten, deswegen solle die Energie intensive Industrie mehr für den Strom bezahlen, den sie verbraucht, helfen uns nicht weiter.

Denn aktuell bereiten die zu erwartenden weiteren Kostensteigerungen insbesondere infolge des massiven Ausbaus Erneuerbarer Energien erhebliche Sorgen. Die energieintensive Industrie ist dabei weiterhin auf entsprechende Entlastungen angewiesen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Nur so kann sie in Deutschland und

damit auch im Bezirk Recklinghausen weiter produzieren und ihren Beitrag zum Wohlstand leisten. Gleichzeitig sinkt immer mehr die gesellschaftliche Akzeptanz für eine solche, aus Wettbewerbsgründen erforderliche Entlastung, da diese mit einer Mehrbelastung für die übrigen Verbraucher verbunden ist. Deshalb benötigen wir ein Gesamtsystem, das den Erfordernissen der Energiewende gerecht wird, die Verbraucher von Energie jedoch, sowohl im industriell/gewerblichen Bereich als auch im privaten Bereich nicht überlastet.

Auch deshalb ist klar, um einen wettbewerbsfähigen, preisstabilen Industriestrom gewährleisten zu können, werden dringend neue Kraftwerksbauten benötigt. Hierzu muss als Brückentechnologie auf konventionelle Kraftwerke zurückgegriffen werden, dabei sollen alte und ineffizientere Anlagen durch modernere und umweltschonende ersetzt werden. Leider – insbesondere aus umweltpolitischen Gründen – gerät der Neubau vielerorts ins Stocken oder wird gar nicht erst begonnen. Oft sind, genau wie beim Netzausbau, langwierige Genehmigungsverfahren und lokale Proteste die hauptsächlichen Faktoren für den nur spärlich in Gang kommenden Ausbau.

Ein weiterer Faktor ist die politisch gesteuerte wirtschaftliche Rentabilität von neuen Gas- und Kohlekraftwerken. Durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) wird den erneuerbaren Energien grundsätzlich ein Vorrang vor den konventionellen Energien eingeräumt. Dadurch sinkt die Auslastung und entsprechend die Wirtschaftlichkeit.



Ein weiteres Problem ergibt sich aus der fehlenden Speicherkapazität für Strom. Auf Grund von einfachen Gesetzmäßigkeiten – Sonne scheint nur tagsüber, und Wind weht nicht immer – muss Ökostrom aus verbrauchsschwachen Zeiten für verbrauchsstarke Zeiten gespeichert werden. Leider ist das momentan für die Strommengen, die Energie intensive Fabriken brauchen, nur mit Pumpspeicherkraftwerken darstellbar. Andere Überlegungen, wie zum Beispiel die Umwandlung von überschüssigem Wind- und Solarstrom in Wasserstoff bzw. Methan, die sogenannte power-to-gas Technologie, sind noch lange nicht wettbewerbsfähig entwickelt.

So bleiben entscheidende Fragen weiter offen. Zum Beispiel: wie viel Kilometer Höchstspannungsnetze werden wo gebaut und wann in Betrieb genommen? Wie viel Megawatt neuer Kohle- und Gaskraftwerkskapazitäten werden wann und wo stehen, damit die Stromversorgung gesichert bleibt? Welche Pumpspeicherwerke und andere Stromspeichertechnologien werden wo und bis wann zur Verfü-

gung stehen, bevor wir wirklich auch auf Kohle und Gas verzichten können?

Wichtige Fragen für unsere Mitglieder und Betriebe sind natürlich auch, was kostet von Jahr zu Jahr die Kilowattstunde Strom für Privatverbraucher im Verhältnis zum Haushaltseinkommen, und was kostet von Jahr zu Jahr die Megawattstunde Strom für Industrieunternehmen im Verhältnis zum Strompreis ihrer jeweiligen Wettbewerber in der EU und weltweit?

Solche nachvollziehbaren Kriterien sind – dieses Ergebnis hat unsere Kampagne gebracht – eine Voraussetzung für den gesellschaftlichen Grundkonsens über das Vorgehen bei der Energiewende. Auch deshalb haben wir mit eigenen Aktivitäten dazu beigetragen, in unserer Region die Energiewende zum Thema zu machen, damit zum Schluss dieses Megaprojekt gelingen kann. ■

Die Kampagne

Der IG BCE-Bezirk Recklinghausen hat und wird weiterhin einen Beitrag zur Stärkung des industriepolitischen Bewusstseins der Region und der in den Unternehmen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen leisten. Ausschlaggebend hierfür ist neben der Situation, wie vorne beschrieben, dass es in der Bevölkerung einen wachsenden Teil gibt, der nicht nur Industrieprojekten skeptisch bis ablehnend gegenüber steht.

Dabei wird nur all zu häufig vergessen, dass es gerade die hochqualifizierten und bestens ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen in den Industrieunternehmen sind, die uns in Nordrhein-Westfalen, speziell hier im Ruhrgebiet, den Wohlstand mit sichern. Der Bergbau, die chemische Industrie und die Kraftwerksindustrie prägen unsere Kommunen im Raum Recklinghausen



und bilden das wirtschaftliche Rückgrat unserer Region. Über 20.000 Beschäftigte arbeiten im Bezirk Recklinghausen in diesen Branchen, über 1.000 junge Menschen absolvieren dort eine Ausbildung. Die regionalen Zulieferer profitieren von einem Auftragsvolumen aus diesen Branchen, das über 1 Milliarde Euro jährlich beträgt. Die Bruttoentgelte in Höhe von über 900 Millionen Euro im Jahr schaffen Wohlstand und Kaufkraft und Zukunftsperspektiven für Jung und Alt.

Fast jeder kennt jemanden in seinem Freundes- oder Bekanntenkreis, der in den Branchen der von der IG BCE vertretenden Unternehmen sein Einkommen verdient. Wie anfangs erwähnt, handelt es sich hierbei sehr häufig um Betriebe, die als energieintensiv zu bezeichnen sind. Im Sinne dieser Betriebe, in denen „Gute Arbeit“ normal ist, weil von uns gestaltet, ist nochmals zu betonen, dass eine völlig ungesteuerte Energiewende und eine Kultur des Ablehnens neuer Technologien und den damit verbundenen Neubauten industrieller Projekte unsere Region empfind-

lich wirtschaftlich treffen könnten. Einhergehend muss die Sicherung der Arbeitsplätze absolute Priorität genießen.

Akzeptanz in der Bevölkerung für industriepolitische Projekte beruht auf mehreren Faktoren. Auch die IG BCE steht dafür ein, dass eine Gefahr für Mensch und Umwelt weitestgehend ausgeschlossen sein muss. Auch müssen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in den Regionen früh genug in die Planungen einbezogen werden, um sämtliche Missverständnisse im Vorfeld auszuräumen. Ein gemeinsames Verständnis für innovative Projekte unter Abwägung der unterschiedlichen Interessen muss Ziel sein. Eine Argumentation frei nach dem Motto „... bin ich auch dafür, aber nicht vor meiner Haustür“ oder „der Strom kommt aus der Steckdose“ ist dabei nicht zielführend.

Abschließend ist zu betonen, dass die Kampagne „Unsere Industrie braucht sichere Energie“ ins Leben gerufen wurde, um eine Öffentlichkeit für unsere energiepolitischen Positionen und für die Dringlich-



keit einer wirtschaftlichen und sozialverträglichen Energiewende zu schaffen. Um möglichst viele Akteure mit einzubeziehen wurde ein Lenkungskreis gegründet. Die Betriebsräte, Vertrauensleute, Ortsgruppen in den Branchen Bergbau, Chemie und Energie sind Experten im Thema und betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugleich. Diese unsere Akteure/innen haben einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen unserer Kampagne geleistet. Dafür bedanken wir uns im Namen des Bezirksvorstandes. ■

Ausgewählte Aktionen im Verlauf der Kampagne

Auftaktveranstaltung, 14. September 2010 Informationszentrum Chemiepark Marl

Am 14. September 2010 fiel der offizielle Startschuss für die Kampagne „Unsere Industrie braucht sichere Energie“.



Im Rahmen einer großen Auftaktveranstaltung im Informationszentrum der Hüls Service GmbH im Chemiepark Marl wurde mit zahlreichen Gästen über die industriepolitischen Rahmenbedingungen in der Region diskutiert. Der stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, Ulrich Freese, machte in seinem Referat deutlich, dass „die Kampagne Unsere Industrie braucht sichere Energie einen wichtigen Beitrag in der Frage nach einer nachhaltigen Gestaltung von Industriepolitik leis-

ten kann. Der Strompreis droht zum entscheidenden Kriterium für Standortentscheidungen zu werden“, betont Ulrich Freese. Zukunftsweisende energie- und industriepolitische Projekte bilden die Grundlage für den Erhalt von Arbeit und Ausbildung in der Region.

Vorgelegt wurde das eigens kreierte Kampagnenlogo. Um der Kampagne auch einen optischen Anstrich zu verleihen, wurden diverse „Give Aways“ und weitere Werbemittel entworfen. Highlight und besonderes Aushängeschild wurde das Riesenbanner (15 x 4 Meter) am Hochhaus der Evonik Industries im Chemiepark Marl. ■





1. Betriebsrätetagung, 19. November 2010 IG BCE-Bildungszentrum Haltern am See

Um aktuelle Geschehnisse in der Politik zu diskutieren, und sich mit ihnen konzeptionell auseinanderzusetzen, veranstaltete der Bezirk Recklinghausen am 19. November 2010 im IG BCE-Bildungszentrum Haltern am See eine Betriebsrätetagung zum Thema Energiepolitik. Im Mittelpunkt der Tagung mit über 100 Teilnehmern/innen stand das von der Bundesregierung beschlossene Energiekonzept 2050 und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energieversorgung der Unternehmen in den vertretenen Branchen.

Wie das Energiekonzept der Bundesregierung entstanden ist und welche Auswirkungen es auf die Unternehmen hat, wurde von Hermann Böckmann, Recklinghäuser Zeitung, in einer Podiumsdiskussion hinterfragt. Podiumsdiskussionsteilnehmer waren Ralf Hermann, Konzernbetriebsratsvorsitzender Evonik Industries, Norbert Maus, Betriebsratsvorsitzender Bergwerk Auguste Victoria, Michael Groß, MdB (SPD), Josef Hovenjürgen,

MdL (CDU) und Dr. Ralf Bartels, IG BCE-Hauptverwaltung Hannover.

Dr. Ralf Bartels machte den Teilnehmern/innen die energie- und industriepolitischen Positionen der IG BCE im Rahmen eines Impulsreferates deutlich: „Wer Arbeitsplätze schaffen und sichern will, muss dafür sorgen, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher Industriestandort bleibt.“

Im Schlussresümee wurde von allen Teilnehmern/innen festgestellt: „Wir müssen und werden für Arbeit und Wohlstand durch unsere Industrie eintreten und dafür die Zustimmung auch organisieren. In den Betrieben und Branchen unseres Zuständigkeitsbereiches haben wir die, allerdings müssen wir mit der Politik und weiteren gesellschaftlichen Gruppen intensiv diskutieren, um Zukunftsperspektiven für Unternehmen und Beschäftigung in der Region und darüber hinaus zu erhalten.“ ■



2. Betriebsrätetagung am 1. Juli 2011, IG BCE-Bildungszentrum Haltern am See

80 Betriebsräte folgten am 1. Juli 2011 der Einladung des IG BCE-Bezirk Recklinghausen und nahmen an der Betriebsrätekonferenz „Energiewende in Deutschland – Industriearbeitsplätze in Gefahr?“ im Bildungszentrum Haltern am See teil. Der IG BCE-Bezirk Recklinghausen trat mit Unternehmensvertretern und Politikern in den Dialog und diskutierte die Folgen des geplanten Atomausstiegs und die Maßnahmen der Energiewende für die Industrie.

Dr. Michael Träger, Geschäftsführer der Vestolit GmbH & Co. KG, warnte in einem Impulsreferat davor, die energieintensive Industrie in Deutschland einseitig zu belasten. Unternehmen brauchten Planungssicherheit für zukünftige Investitionen am Standort Deutschland.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit den stellv. Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von SPD und CDU, Rainer Schmeltzer und Josef Hovenjürgen, Oliver Kri-

scher, MdB (BÜNDNIS 90/Die Grünen), Dr. Michael Träger (Vestolit), Prof. Dr. Franz-Josef Wodopia vom Gesamtverband Steinkohle und Cornelia Stockhorst-Köthe, Betriebsrätin Evonik Gemeinschaftsbetrieb Marl, wurden die Auswirkungen der beschlossenen Energiewende für die Arbeitsplätze der Industrie diskutiert.

IG BCE-Bezirksleiter Karlheinz Auerhahn fasste die Veranstaltung zufrieden zusammen: „Ich bin überzeugt, dass wir deutlich machen konnten, was wir von der Politik erwarten. Die IG BCE ist für den Atomausstieg, aber wir brauchen eine Brücke aus Kohle und Gas in modernen Kraftwerken, wenn wir das Zeitalter der regenerativen Energien solide erreichen wollen.“ ■



Unterschriftenaktion

Im Rahmen der Kampagne wurde eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Diese startete am 11. und 12. August 2010 auf dem Bergwerk Auguste Victoria. Ziel war es, mehr Verständnis für Industrieprojekte wie neue, moderne Kohlekraftwerke oder der Chemieparkerweiterung zu erreichen, und somit Nachdruck zu erzeugen. Zur Unterstützung der Kampagne sammelten Mitglieder des Betriebsrates, der Vertrauensleute sowie der IG BCE an den Schächten AV 3/7 und 8 die Unterschriften, um diese bei der Landesregierung einzureichen. Der Betriebsrat, die Vertrauensleute sowie die IG BCE freuten sich über vielfältige, positive Rückmeldungen und weitere Diskussionen. Weitere Aktionen zur Unterschriftenaktion folgten. 21 Kollegen fuhren Richtung Veltins-Arena auf Schalke, um weitere Unterschriften für die Kampagne „Unsere Industrie braucht sichere Energie“ zu sammeln. Des Weiteren wurden auf allen Betriebsversammlungen und in den Ortsgruppen, Regionalforen fleißig Unterschriften gesammelt.

Am 16. Februar 2011 konnten die 15.000 gesammelten Unterschriften im Rahmen einer Betriebsrätekonferenz von Evonik Industries dem anwesenden Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, Guntram Schneider, überreicht werden. Zusammen mit dem Vorsitzenden der IG BCE, Michael Vassiliadis, der im Rahmen der Betriebsrätekonferenz an einer Podiumsdiskussion zur Industrie- und Energiepolitik in Deutschland teilnahm, artikulierte Karlheinz Auerhahn seine Erwartungen an die Landesregierung: „Als IG BCE sind wir dabei, die Menschen vor Ort mitzunehmen und deutlich zu machen, dass unsere Industrie der Grundpfeiler unseres Wohlstandes ist und dafür eine gesicherte Energieversorgung notwendig ist. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie Rahmenbedingungen schafft, die Investitionen in neue Industrieprojekte und Kohlekraftwerke möglich machen. 15.000 Unterschriften zeigen, dass die Bevölkerung in unserer Region uns dabei unterstützt.“ ■



Schulungen

Im Rahmen der Industriekampagne fanden zwei Wochenendschulungen statt. In diesen Seminaren wurde verdeutlicht, warum gerade für den Bezirk Recklinghausen die Industriepolitik eine wichtige Rolle spielt.

Die Teilnehmer/innen sowie auch interessierte Mitglieder, zeigten sich am Ende begeistert von den Veranstaltungen. Neben notwendigem Hintergrundwissen hatte man genügend Zeit für die Auseinandersetzung mit den IG BCE-Positionen zur Industriepolitik. „Mit diesem Wissen bin ich gut gerüstet für den Alltag, um Rede und Antwort zu stehen“, so ein Teilnehmer. ■



Unterstützung vor Ort:

Ausgewählte Aktionen der Regionalforen und der Ortsgruppen

➤ Der Vorstand der **IG BCE-Ortsgruppe Wulfen** hat im Rahmen der Kampagne Michael Gerdes, MdB (SPD) vom 26. bis 29. September 2010 in Berlin besucht. Dort wurde intensiv mit ihm über die aktuelle Industriekampagne des Bezirkes diskutiert. „Wir waren uns mit ihm über die Bedeutung dieser Kampagne einig“, so fasste der Ortsgruppenvorsitzende Rüdiger Kentrup die Veranstaltung zusammen. Michael Gerdes versprach, sich im Bundestag für die Interessen der Industriestandorte einzusetzen. Natürlich wurde auch sofort die Gelegenheit genutzt, um in Berlin viele weitere Unterschriften für die Kampagne zu sammeln.

➤ Die **IG BCE-Ortsgruppe Haltern** hat sich etwas Besonderes einfallen lassen, um die Industriekampagne des Bezirkes Recklinghausen „Unsere Industrie braucht sichere Energie“ öffentlich zu machen. Das Kampagnenlogo auf dem Fahrzeug der Halterner Tafel e.V.



erfüllt einmal einen guten Zweck und trägt dauerhaft die Kernbotschaft in die breite Öffentlichkeit. Bei der Fahrzeugübergabe freuten sich der Ortsgruppenvorsitzende Theo Karau und Dieter Schmitz.

➤ Auf dem Weihnachtsmarkt auf der Seilscheibe am Bergwerksmuseum in Oer-Erkenschwick hatte der Bezirk mit Beteiligung der **Ortsgruppe Oer-Erkenschwick** einen Kampagnen-Infostand in der

Schmiede aufgestellt. Viele Bürgerinnen und Bürger konnten sich auf dem Markt in gemütlicher Atmosphäre einen Überblick über die energiepolitischen Themen verschaffen.

➤ In der Herner Innenstadt hat das **Regionalforum Herne-Wanne** über die Position der IG BCE zur aktuellen Diskussion in der Energiepolitik informiert. Im Rahmen der Kampagne suchte das Regionalfo-



rum den Dialog mit Bürgern und Politikern und machte dabei deutlich, worauf es der IG BCE ankommt. Als Highlight des Aktionstages fand eine Podiumsdiskussion mit den Abgeordneten der SPD, Gerd Bollmann (MdB), Alexander Voigt (MdL) und dem Vorsitzenden der Herner Stadtwerke, Ulrich Koch, statt.

➤ Auch das **Regionalforum Hertens** präsentierte sich mit dem IG BCE-Infowagen in der Innenstadt Hertens auf der Hermannstraße um für die Belange der Kampagne zu werben.

Die **Schüler der Comeniuschule** ließen bei einer Malaktion ihrer Fantasie freien Lauf und stellten aus ihrer Sicht die verschiedenen Stromerzeuger dar. „Das Ergebnis von 80 Bildern zeigt, dass auch an Schulen die Bereitschaft groß ist, sich mit der Energiewende auseinanderzusetzen“, so der Sprecher des Regionalforums Hertens, Werner Zeis.

Die zwölf kreativsten Bilder wurden am 7. Mai vorgestellt. Die kleinen Künstler wurden mit Eisgut-



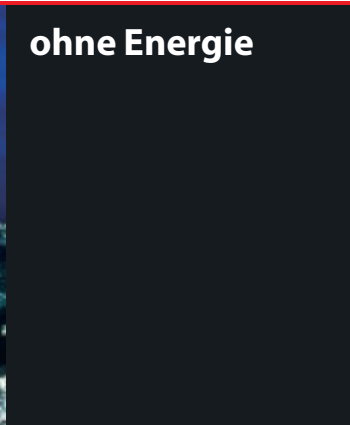
scheinen und mit Gutscheinen für das Erlebnisbad „Copa Ca Bäckum“ belohnt. Vom IG BCE-Bezirk Recklinghausen gab es außerdem einen Zuschuss für die Klassenkasse. Der Schulleiter, Wolfgang Unger, bedankte und freute sich, dass sich die Schüler der Comeniuschule durch einen Malwettbewerb an dieser Kampagne beteiligen konnten. ■





Postkartenaktion des Bezirksvorstandes



Da die Probleme nicht alle vor Ort gelöst werden können und es einer bundesweiten Koordinierung in vielen Bereichen bedarf wurde eine Postkartenaktion ins Leben gerufen. Ähnlich wie bei der Unterschriftensammelaktion wurden hierbei so viele Stützunterschriften wie möglich gesammelt. Adressiert war die Postkarte an die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Den Kolleginnen und Kollegen, die in den energieintensiven Branchen beschäftigt sind, sollte hiermit die Gelegenheit gegeben werden auf ihre Situation und die mögliche Bedrohung ihres Arbeitsplatzes durch falsches oder fehlendes Handeln in der Energiewende aufmerksam zu machen. ■



Ja
zur Energiewende!

Aber

- bitte sicher ✓
- umweltverträglich ✓
- sozialverträglich ✓
- zu wettbewerbsfähigen Preisen! ✓


Ausblick – Wie geht es weiter?

Zu guter Letzt stellt sich natürlich die Frage: wie geht es weiter? Kann die Kampagne als beendet erklärt werden oder dient sie vielmehr als Grundlage zukünftiger Diskussionen rund um fortschrittliche Industriepolitik und den daraus resultierenden Herausforderungen für eine moderne Gesellschaft?

Um eines vorweg zu nehmen: sie ist beides! Mit dieser Broschüre sollen zusammenfassend die getätigten Aktionen dokumentiert werden, die Diskussion kann jedoch nicht als abschließend betrachtet werden. Die dazu benötigten Denkanstöße zur Reflektion der eigenen Meinung in Bezug auf industriepolitische Fragestellungen sollen hierdurch angeregt werden. Es geht weiter darum, die gesammelten Eindrücke und Erfahrungen in aktives Handeln vor Ort umzusetzen. Um es zusammenfassend auf den Punkt zu bringen, werden an dieser Stelle die Forderungen des Bezirkes noch einmal dargestellt:

- Für alle strom- und energieintensiven Industriebranchen braucht Deutschland dringend ein energiepolitisches Konzept und den Energiemix für die Industrie der Zukunft.
- Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut werden und wirtschaftlich erzeugt werden. Aber sie helfen nicht für die industrielle Grundlast, solange ihr Strom nicht gespeichert werden kann.
- Der Energiemix hat sich bewährt. Um eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten zu können, brauchen Deutschland und Europa außer der Kernkraft alle Energieträger, die sie heute nutzen.
- Damit in Deutschland auch in Zukunft Industriestrom erzeugt werden kann, müssen neue moderne, effiziente Kohlekraftwerke gebaut werden.
- Emissionshandelsbedingt gestiegene Stromkosten müssen für stromintensive Unternehmen unbürokratisch kompensiert werden.
- Bei der Kraftwerksförderung dürfen moderne, effiziente Stein- und Braunkohlekraftwerke nicht benachteiligt werden.
- Um die Begrenzung der Erderwärmung mit der notwendigen weltweiten Energieversorgung vereinbaren zu können, sind neue Technologien wie Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) unverzichtbar.
- Die Politik ist aufgefordert, für verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen zu sorgen, mit denen die energieintensive Industrie in Deutschland langfristig planen und arbeiten kann.
- Die Unternehmen sind gefordert, durch Modernisierungsinvestition und Forschung ihre Produktionsstätten auf dem Stand der Technik zu





halten, um diese Rahmenbedingungen betriebswirtschaftlich optimal zu nutzen und beschäftigungsfähig zu bleiben.

- Die Strompreise müssen für die Verbraucher bezahlbar bleiben. Von daher ist die EEG-Umlage von ihrer Wirkung her zu überprüfen. Vor allem Gering- und Mittelverdiener werden heute schon durch die bestehende Umlage außerordentlich stark belastet. Von daher fordern wir eine schnelle Reform nicht wirtschaftlichen Förderns.

Der Mensch steht für uns im Mittelpunkt – deshalb haben wir ihn gefragt.

Um sich einen detaillierten Überblick über die Einstellungen der Bevölkerung und der Unternehmen zu den aktuellen Maßnahmen und Chancen der Energiewende zu verschaffen, beauftragte die IG BCE das Institut TNS Infratest mit einer Untersuchung. Die Daten zum sogenannten Energie-Kompass wurden deutschlandweit bei der Bevölkerung im April 2012 mit 1.000 Befragten erhoben. Bereits ein Jahr zuvor, also einen Monat nach Fukushima wurden im April 2011 400 Personen befragt. Eine Befragung der Wirtschaft fand im April / Mai 2012 bei 282 Vorständen großer Unternehmen aller Branchen statt.

Zusammenfassend kann man erkennen, dass bereits ein Umdenken stattgefunden hat. Die Energiewende erfreute sich hoher Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Unternehmen. Ihre Umsetzung jedoch wird als äußerst kritisch betrachtet. Die Chance, die Menschen mitzunehmen, steht also gar nicht schlecht. Für den Dialog sind wir weiterhin offen, Handeln ist gefragt. Es muss das Richtige richtig getan werden, dafür sind genügend gute Argumente vorhanden. ■





IG BCE · Bezirk Recklinghausen
Herner Straße 18 · 45657 Recklinghausen
www.recklinghausen.igbce.de

V.i.S.d.P.: Karlheinz Auerhahn
Redaktionsteam: Verena Gärtner, Jens Petersen

